

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein u. Umgegend.
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — Schiersteiner Tagblatt)
.. .. (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei

Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter

Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Nr. 91.

Donnerstag, den 5. August 1920.

28. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. August.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Letztem wird endgültig angenommen, ebenso der Vertrag über die deutschen und niederländischen Beziehungen. Kredit und Einkommen, sowie die Novelle des Reichsgesetzes über die Erhöhung der Zeitungsgebühren ab 1. Januar 1921 tritt.

Es folgt die erste Lesung des Antrages Müller (Soz.) auf Erlass eines allgemeinen Amnestiegesetzes und eines Gesehntwurfs der bürgerlichen Parteien auf Gewährung von Straffreiheit für Straftaten zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen mit Ausnahme der Urheber und Führer. Ausgenommen von der Straffreiheit sind nach diesem Gesetz Verbrechen des Lebens und Körperverletzungen, sowie Verbrechen der Verleumdung.

Hr. Dr. Radebruch (Soz.): Wenn man im Bürgerlichen Antrage auch die Kappisten freilassen muß, auch die Revolutionäre von 1919 freilassen, dann haben die bürgerlichen Revolutionäre eben Anspruch auf Straffreiheit.

Hr. Dr. Herzfeld (U. S.): begründet den Gesetzentwurf seiner Partei, der für alle aus politischen Gründen verurteilten Straftaten Amnestie gewähren will, indem er für Straftaten, die im Zusammenhang mit Kapp-Putsch oder mit dem infolge Eingreifens der Reichswehr in Verbindung stehenden Straftaten. Ausgenommen sein Straftaten, die zur Unterstüßung des Putsches dienten.

Hr. Burlage (Zentr.): Bei der Straffreiheit bestimmte Grenzen gezogen werden, wenn wir nicht mit dem größten Teile des Volkes in Widerspruch stehen wollen. Wir können es nicht verantworten, Amnestie für gemeine Verbrecher gewährt würde.

Hr. Düringer (Dn.): Gegen eine allgemeine Amnestie sprechen immer schwere Bedenken. Die Amnestie ist in dem vorliegenden Falle auf politische Verbrechen beschränkt. Die mangelhafte Ernährung unseres Volkes ist ein großes Problem.

Hr. Minister Feiler: Wenn wir die unhaltbare Lage im Ruhrgebiet beseitigen wollen, dann muß die Amnestie gegeben werden. Das Reich Bayerns auf seine Rechte erkennen wir an. Daher ist der Antrag der bürgerlichen Parteien auf Straffreiheit bei Handlungen gegen Reichsgerichte. Auf Mordführer und gemeine Verbrechen darf die Amnestie keine Anwendung finden.

Hr. Dr. Rahl (D. V.): Wir gewähren die Amnestie, weil wir einen Strich unter die Vergangenheit machen. Wir erkennen die Notwendigkeit der Straffreiheit an, um den auf unserem Volk lastenden Druck in der politischen Geschichte zu vermindern.

Hr. Schiffer (Dem.): Die Tatsache, daß sich die Kapp-Putschisten durch feige Flucht der Verantwortung entziehen haben, macht sie einer Amnestie unwürdig. Bei Besprechungen mit Vertretern habe ich Versuche, Bedingungen zu stellen, abgelehnt.

Hr. Emminger (Bapt. V.): Eine Amnestie soll die Untergrabung der Autorität der Gerichte führen. Wir haben ein System der bedingten Begnadigung, dessen Ausführung wir selbst in die Hände der Gerichte gelegt hätten.

Die weitere unerbittliche Debatte schließt die erste Lesung ab. Die zweite Lesung wird der Gesetzentwurf der Union und der Antrag der Sozialistischen gegen die Amnestie angenommen. Der Antrag der bürgerlichen Parteien wird abgelehnt. Der Antrag der Sozialisten wird angenommen, ebenso die Verfassungssanktion über die Abgabe der preussischen Stimmen im Reichstag.

Die zweite Lesung des Notetats wird angenommen. Der Haushaltsplan für das Ministerium des Innern wird ohne Erörterung genehmigt.

Die dritte Lesung wird der Antrag des Reichsministeriums und des Landtags angenommen. Bei der Debatte über den Etat des Reichsministeriums, welcher bewilligt wird, verliert der Reichsminister Dr. Wirth das Telegramm an die Reichsminister, die jeden Demonstrationen abzuwehren.

Die dritte Lesung des Notetats wird angenommen. Der Haushaltsplan für das Ministerium des Innern wird ohne Erörterung genehmigt.

Die dritte Lesung wird der Antrag des Reichsministeriums und des Landtags angenommen. Bei der Debatte über den Etat des Reichsministeriums, welcher bewilligt wird, verliert der Reichsminister Dr. Wirth das Telegramm an die Reichsminister, die jeden Demonstrationen abzuwehren.

Hr. Redner führt dann aus: Wir haben jetzt 238 Milliarden Mark Reichsschulden. Dazu kommen noch 39 Millionen Mark aus der Übernahme der Eisenbahnen.

Bei der Bewilligung des Etats des Reichsministeriums des Innern befürwortet Hr. Dr. von Lersner die Herausgabe einer übersichtlichen, kurzen Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Verfallenen Friedensvertrages. Auf Grund einer solchen können wir am besten für eine Revision des selben arbeiten.

Reichsminister Dr. Simons erklärt, daß er der Regierung gerne entsprechen wolle.

Hr. Dr. Freyschütz (U. S.): Ist es richtig, daß man die Verträge gemacht worden sind. Munitionstransporte durch Deutschland nach Polen zu senden? Deutschland denkt nicht daran, eine Barriere gegen den Volksweltismus zu sein.

Reichsminister Dr. Simons: Das Auswärtige Amt wird jeden Versuch, die eheliche Neutralität Deutschlands zu verletzen, energisch zurückweisen. Ich bin den Transportarbeiten sehr dankbar für ihre Mitwirkung, aber besondere Schritte könnten einen Kriegszustand herbeiführen. Auch würde es sehr bedauerlich sein, wenn die Entente es versuchen sollte, die Ostfrage ohne Mitwirkung Deutschlands zu regeln. Mit Sowjetrußland würde ich nur dann Verträge schließen, wenn ich die Verhältnisse habe, daß es sich auch der Emigration gegenüber durchsetzen in der Lage ist. Wir werden uns nicht als die Landesherren der Emigration für kriegerische Absichten derselben gegen Rußland verwenden lassen.

Nachdem auch dieser Haushaltsplan bewilligt ist, wird das Mantelgesetz (Eingangs-) wonach u. a. freiverdende Beamtenstellen vorzugsweise mit freigerufenen Beamten anderer Verwaltungen zu besetzen sind, bewilligt.

Dienstag 10 Uhr zweite Lesung der Entwaffnungsvorlage und dritte Lesung des Notetats. — Schluß 9 1/2 Uhr.

Berlin, 3. August.

In Beantwortung von Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr aufgelöst sei. Die Waffen sind an die Sicherheitspolizei übergeben worden. Es befinden sie sich noch in den Händen einzelner Mitglieder. Selbstverständlich wird die Einziehung derselben durch das Reich erfolgen, sobald es durch das Entwaffnungsgesetz eine Handhabe hierzu hat.

Eine Ermäßigung der Tagelöhner für die Einreise von Holland nach Deutschland wird in Aussicht gestellt.

Das Gesetz über die Ausübung der Befugnisse der Friedensverträge und über die gemeinschaftlichen Friedensgerichte und die Vollstreckung ausländischer Urteile wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Lohnverpflichtung. Der Entwurf erhöht im Hinblick auf die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse die Grenze des nicht der Pfändungspflicht unterworfenen Einkommens. Die Grenze wird danach auf 5000 Mark für Verheiratete und 4000 Mark für Ledige und der Gesamtstammung wird der Entwurf des Gesetzes zur Enteignung von Grundeigentum und der Beitragsleistung zum Kanalbau Rhein für Ledige gezogen. Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen. In der dritten Lesung und Rhein-Donau ohne Erörterung endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes. Nach lebhafter Debatte werden in der Einzelberatung verschiedene Paragraphen, unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen. Annahme findet der Koalitionsantrag, wonach der Reichskommissar von Fall zu Fall zu entscheiden hat, welche militärischen und politischen Organisationen von der Ablieferungsspflicht befreit werden.

Andere Anträge der Regierungsparteien werden ebenfalls angenommen. Der Antrag betr. Wahrung des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprechgeheimnisses wird einstimmig angenommen. Die Bestimmungen des § 9 betr. die Befugnisse des Reichskommissars, Organisationen zur Durchführung seiner Aufgabe zu schaffen, und die Abgabe eidgenössischer Versicherungen verlagern zu können, wird gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Notetats. Hr. Dr. Schiffer (Dn.): Wir haben im Ausland unsere schweren Bedenken über unsere heutige Finanzpolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geldnotlage werden wir im Plenum erst darauf zurückkommen, wenn der Haupteckel zur Beratung liegt.

Minister Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß Deutschland nur solchen aus dem Auslande einreisenden Personen Unterkunft gewährt, die auf geordnetem Wege mit einem Reisepaß versehen hereinkommen. Redner geht dann auf die Reichsschuldenkonferenz ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn diese ein Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat würde, also ein Reichskulturrat gebildet würde.

Hr. v. Mumm (Dn.): bittet den Minister um eine geeignete Maßnahme auf Grund der im Reichstage gefassten Entschließung gegen die Einwanderung fremdstämmiger Ausländer. In Berlin seien in letzter Zeit mehr als 40 000 Ostjuden, vielfach mit gar keinen und gefälschten Papieren eingewandert. Von 5 bis 600 Lebensmittelscheuern sind neun Rebutel Juden. Das Berliner Tageblatt sagt, daß es galizische und russische Staatsangehörige seien. Diese Einwanderer werden, wenn sie jederzeit nach Amerika oder England weiterwandern, die Beförderer des Volksweltismus sein.

Hr. Krell (Dem.): Unsere Zustimmung zu der fraglichen Entschließung hat nichts mit Rassen- und Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Masseneinwanderungen ergibt sich lediglich aus der eigenen Notlage. Auch gute deutsche jüdische Kreise empfinden diese Einwanderungen als Last. 75 Prozent aller verhafteten Gold- und Silberdiebe gehören zu diesen Einwanderern.

Die Abg. Rosenfeld und Löwenstein (U. S.) beklagen ihre von der Entschließung abweichende Auffassung.

Nach unerbittlicher Debatte werden die Beratungen abgebrochen.

In Beantwortung einer Anfrage erklärt die Regierung, daß zur militärischen Ausbildung für heimgekehrte Krieger gefangene bisher 150 Millionen Mark ausgesetzt worden seien. Die Frage der Gewährung von Steuererleichterungen für diese wurde in Erwägung gezogen.

Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung der Haushaltsdebatte. Fortsetzung über die Arbeitslosigkeit. — Schluß 8 Uhr.

Die Londoner Konferenz.

Während man in Westeuropa eifrig über die kommende Londoner Konferenz debattiert, die angeblich zu einer Anerkennung der russischen Sowjetrepublik durch die Alliierten führen soll, versteht es die Moskauer Regierung, ihre eigentlichen Absichten geistlich zu verbergen. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, welche Kriegsziele Moskau sich in Bezug auf Polen gestellt hat, denn das Lippenbekenntnis der Moskauer Machthaber, die Unabhängigkeit Polens als Heiligtum zu achten, ist nichts weiter als eine hohle Phrase. Wenn Moskau es will, ist Polen in wenigen Wochen eine Sowjetrepublik.

Mit dem Moment nämlich, in welchem es den bolschewistischen Verschwörern einfiel, mit Hilfe ihres Geheimapparates Polen in einen bolschewistischen Staat umzuwandeln, wird man in Moskau hochgehende Erklärungen abgegeben, daß das polnische Volk sich selbst die Sowjet-Verfassung gegeben habe, während die russische Sowjetregierung sich und ständig die Souveränität des polnischen Staates anerkannt habe, und sie auch fürderhin anerkennen werde. In Litauen ist es schon in einzelnen Landstrichen vorgekommen, daß sich dort verschiedene Bevölkerungsteile mit den roten Truppen verbündeten, von ihnen Waffen in Empfang nahmen und mit Gewalt die Sowjetrepublik ausriefen. Es ist natürlich, daß die litauische Regierung dabei in eine arge Verlegenheit gerät. Wenn sie jetzt den Moskauer Machthabern ein Ultimatum stellt, die auf Litauens Gebiet gebildeten Sowjets sofort abzuschaffen, so wird ihr auf das Lebenswunderswerte erklärt, daß es eine litauische Angelegenheit sei, sich mit den innerpolitischen Unruhen auseinanderzusetzen, während die Sowjetregierung sich jeglicher Einmischung zu enthalten habe. Eine reizende Verblüffungspolitik! Es wird der litauischen Regierung unmöglich sein, gegen die Einwendungen von russischer Seite zu polemisieren, weil sie in der Form zweifellos äußerst geschickt gehalten sind. Auf demselben Wege können die Bolschewisten in dem von ihnen eroberten polnischen Gebiet Waffen an die Bevölkerung und an gefangene polnische Soldaten verteilen, mit dem Auftrag, daß sie die Gewalt an sich reißen sollen. Sie haben dabei zweifellos Erfolg, denn es reizt eine bewaffnete Bevölkerung, Macht in die Hände zu bekommen.

Die Reise des bolschewistischen Unterhändlers Krasin nach England ist in Wirklichkeit für den Ausgang der Kämpfe im Osten weit wichtiger, als gegenwärtig noch rein formellen Waffenstillstandslösungen auf der Straße Brest Litowsk-Baranow. Der Kampf an der Front geht lustig weiter, während von beiden Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, die militärische Lage zu verbessern. Grafins Mission ist eine Vorber-

zung zur Londoner Konferenz. Dieser zweifellos sehr geschickte Mann soll den Boden zu den Verhandlungen sondieren. Er soll versuchen, große Zugeständnisse von Seiten Englands zu erlangen, und von der Wichtigkeit der Abmachungen mit England wird es abhängen, ob die Moskauer Regierung ihre Feindseligkeiten an der polnischen Front einstellen wird oder nicht. Der Entscheidungslampf wird gegenwärtig also nicht militärisch, sondern auf dem Wege politischer Verhandlungen ausgetragen werden.

Die friedlichen Versicherungen Moskaus werden nicht den gewünschten Eindruck auf Lord George machen, denn der dürfte zu Genüge wissen, daß Sowjetrußland jetzt einen Kampf um seine Selbstbehauptung zu führen hat. Wenn Sowjetrußland nicht den gewünschten Frieden und gründliche wirtschaftliche Hilfe von außen her erhält, ist es eben darauf angewiesen, mit dem Schwerte Eroberungen zu machen, um den drohenden Verfall zu verhindern. Die Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen werden also solange zu keinem greifbaren Ergebnis kommen, so lange Moskau nicht die Gewißheit hat, daß es von den Alliierten freie Bahn zum Aufbau seiner Macht erhalten wird.

Die deutschen Interessen.

Von maßgebender Berliner Seite wird uns mitgeteilt, daß der deutschen Regierung eine Beteiligung an der Londoner Konferenz außerordentlich wichtig erscheint, und daß man in Berlin die Erwartung hegt, die Teilnahme Deutschlands werde ebenso von Rußland als auch von Seiten der Entente unbedingt gewünscht werden müssen. Deutscherseits ist man jedenfalls nicht der Meinung, daß ohne vorherige Vereinbarungen mit der Berliner Regierung irgendwelche Abmachungen in Bezug auf den Durchgangsverkehr nach dem Osten zu treffen wären. In unterrichteten Kreisen glaubt man daher zu wissen, daß die Alliierten erst mit Rußland zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedensschlusses verhandeln werden, um dann die Regelung der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen auf internationaler Basis unter Einbeziehung Deutschlands zu treffen.

Die Amerikaner.

Nach einer Times-Meldung aus New York hat Wilson die Ansicht ausgesprochen, zur Konferenz in London, die wegen des Friedens zwischen Rußland und Polen stattfinden soll, einen Vertreter zu entsenden. Wie von gut unterrichteter Seite, die Wilson nahesteht, mitgeteilt wird, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen würde. Man glaubt, daß die Entsendung eines amerikanischen Bevollmächtigten zur Londoner Konferenz auf französischen Wunsch zurückzuführen ist.

Zur Tagesgeschichte.

Kein Großbäyrern.

Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, erklärte einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“, ihm sei nichts davon bekannt, daß andere Länder, ebenso wie Frankreich, in München eine Sondergehandelsnische errichten wollten. England sei in München bisher nur durch seinen Konsul vertreten. Einem Redaktionsmitglied der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte der bayerische Ministerpräsident, die Meldung des „Temps“, daß einflussreiche Gruppen in Bayern ein Großbäyrern schaffen wollten, das die Rheinlande und Deutsch-Österreich umfasse, für falsch.

Das Rätegeßspiel in Zittau.

Nach einer an amtlicher Stelle eingetroffenen Nachricht hat sich die Lage in Zittau nicht verändert. Man glaubt eine abflauende Tendenz der radikalen Bewegung zu beobachten, doch läßt sich nicht sagen, ob sie anhalten wird. Der Generalkommandant in Zittau, die Regierung, um den Belagerungszustand beizubehalten, da die Mittel zu seiner Durchführung fehlen.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Eric Knopp.

(Nachdruck verboten.)
[54] Sie wandte sich um und stieß einen marktschreierischen Schrei aus. In Todesangst versuchte sie zur Seite zu laufen, um den gesenkten Hörnern des wütend gewordenen Stieres, der sie verfolgte, weil ihn das rote Tuch und der knallrote Sonnenschirm reizte, zu entgehen. Kam es nun, daß die Bewegungen der Baronesse zu unbeholfen waren, da sie beim Laufen nur den gesunden Arm gebrauchen konnte, oder daß der Sonnenschirm, den sie in ihrer Angst fallen ließ, zwischen ihre Füße geriet, genug sie verlor dadurch das Gleichgewicht und stürzte zu Boden. Die Lage sah so kritisch aus, daß die Hörner, welche aus der Ferne Zeugen des Vorfalls wurden, laut aufschrien und einige sich anschickten, zur Rettung herbeizueilen, woran sie von anderen aber wieder gehindert wurden.

Dem Stiere folgte in weiter Entfernung eine schwarze Gestalt, die jedermann kannte.

„Ach, uf' Entsetzter Kohlrausch“, hieß es halb entsetzt, halb neugierig. Man hätte gar zu gern das Schauspiel genossen, daß die gnädige Baronesse auf den Hörnern des wütenden Stieres aufgespießt zu sehen. Samohl! Man hätte es ihr gegönnt!

Aber auch ohne dem ersahen das jetzt folgende Bild aufregend genug. Der Stier hatte die Baronesse zu früh erreicht. Mit seinen Hörnern bearbeitete er zunächst den Sonnenschirm, den er zuerst erfaßte, und schickte sich dann an, weiter zu traben, um auch an dem roten Tuch seine Wut auszulassen, das die Schulter der Gefallenen umhüllte. Aus der Ferne gesehen machte es den Eindruck, als wenn das Tier blindlings auf sein Opfer einstach, was ein schauriges Behagen bei den Zusehern auslöste.

Kohlrausch griff trotz des nicht ganz programmatischen Verlaufes dieser Komödie dennoch im richtigen Augenblick ein. Man sah, wie das Tier plötzlich auf die Vorderbeine stürzte, wie der Inspektor, der jetzt die Hörner gefaßt hielt, anscheinend mit ihm kämpfte, und wie es sich dann erhob und unter den Schlägen des

Die Verringerung der Reichswehr.

Aus dem Reichswehrministerium erfahren wir, daß bis zum 1. September 30 000 Mann aus der Reichswehr entlassen und ins Zivilleben übergeführt werden sollen. Die Entlassung von weiteren 20 000 Mann im Laufe des Monats September ist in Aussicht genommen, sodas bis zum 1. Oktober die Reichswehr ohne große Schwierigkeiten auf den Stand von 150 000 Mann reduziert sein wird.

Safer-Bewirtschaftung.

Nach der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 wird der Safer alter Ernte mit dem 16. August beschlagnahmt und unterliegt der Anzeigepflicht. Wie die „P. M.“ hören, sind hierzu Uebergangsbestimmungen in Vorbereitung. Es wird beabsichtigt, den Tierhaltern den bei ihnen befindlichen alten Safer zur Verfüugung an ihr Vieh, den landwirtschaftlichen Unternehmern auch zur Verarbeitung für den Bedarf im eigenen Betriebe freizugeben, ferner den Unternehmern gewerblicher Betriebe mit Zustimmung der Reichsgetreidekasse zu gestatten, den Safer in ihrem Betriebe bis zum 15. Oktober 20 zu verarbeiten und diese abzusehen. Auch wird erwogen, dem Handel, der noch alte Safer vorräte hat, zu gestatten, diese noch bis zum 25. August 20 an Tierhaltern zur Verfütterung zu verkaufen und zu liefern. Nach diesem Zeitpunkt muß der Safer an die Reichsgetreidekasse zu deren Geschäftsbedingungen abgeliefert werden.

Um den Schwierigkeiten des Uebergangs zu begegnen und insbesondere die Abholung ihrer teuren Vorräte alter Ernte zu erleichtern, soll die Reichsgetreidekasse ermächtigt werden, für neuen Safer, der ihr alsbald angeliefert und geliefert wird, einen höheren Preis zu bewilligen, als den im übrigen auch für den Safer alter Ernte in Aussicht genommenen Höchstpreis. Eine endgültige Beratung der vorgesehenen Bestimmungen wird Ende der Woche mit den Landesregierungen und Interessentenkreisen im Reichsernährungsministerium stattfinden. Im Anschluß an diese wird die neue Regelung sofort bekanntgegeben werden. Mit einer Verlorenung der Bedarfsstellen mit Safer der neuen Ernte kann vor Oktober nicht gerechnet werden.

Französische Ruhrpolitik.

Maurice Barres schreibt im „Echo de Paris“ über die französische Politik betr. das Ruhrgebiet: Ich bin hochbefriedigt, daß die Befehle des Ruhrgebietes in dem Protokoll von Spa eingeschrieben wurde. Jetzt darf man sich von Ereignissen nicht überlassen lassen. Das Kohlenabkommen gibt Frankreich die Möglichkeit, an der Ruhr eine gewisse Rolle zu spielen, die würdig sei seinen kulturellen Traditionen. Aus diesem Grunde vertritt sich Barres eingehend über das, was er vor zwei Tagen als seine Ruhrpolitik bezeichnete. Für die arbeitende Bevölkerung sei die Lage im Ruhrgebiet ebenso schwierig wie vor dem Kriege und wie zur Zeit des Hindenburgschen Programms. Der Industrie des Ruhrgebietes sei zwar Rheinfürder, aber ein Rheinländer der schon seit langem mit den preussischen Militärs sich verbunden habe. Er werde geführt von der Leidenschaft für Gewinn und Vorrückung. Schmeß, Hagenberg und Thyssen wollten immer neue Kartelle und Trusts gründen. Unter den Händen dieser gefährlichen Industriemagnaten befand sich die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr. Das dürfe man nicht vergessen, wenn man morgen dazu käme, das Ruhrgebiet zu besetzen. Barres verlangt deshalb strengste Kontrolle über die Verwendung der Vorrückung und sagt, die Entente-Kommission in Essen sei bereits in Fühlung mit Vergarbeiterbelegschaften und Arbeiterkommissionen getreten. Das habe guten Erfolg erzielt. Dieser Kontakt müsse aufrecht erhalten werden. Frankreich nahm die Bevölkerung nicht wie ein materielles Objekt in Pfand. Sobald es sich in einem Gebiete einrichte, wolle es das Geschick der Bevölkerung verbessern und ihr milde das französische Genie befehligen machen. Dadurch, daß man das aufgewachte Volk überwache, könne man Nutzen daraus ziehen durch eine Rhein-Ruhrpolitik. Barres hofft, daß dies dort unten gelesen werde.

Zement reichlicher angeboten

Sichern Sie sich sofort eine

AMBI-Dachziegel-Maschine

für Handbetrieb

(D. R. P. und Weltpatente)

Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch unmittelbar an der Baustelle im leichtesten Handbetrieb

Grosse Ersparnisse. Beste Kapitalsanlage, da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt.

Verlangen Sie die Druckschriften D

AMBI-Werke Abt. II J/3

Berlin-Johannisthal.

Allerlei Nachrichten.

Steigende Erwerbslosigkeit.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die der zu unterstützenden Erwerbslosen ist im Reich infolge der anhaltend ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten gewesen, gewachsen. Nach amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, die der weiblichen Erwerbslosen 94 154, insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der zu unterstützenden Erwerbslosen entspricht dem Stande vom 15. März 1920.

Die Truppentransporte.

Eine Kommission der Eisenbahnerorganisationen, die zu unterstützenden Erwerbslosen ist im Reich infolge der anhaltend ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten gewesen, gewachsen. Nach amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, die der weiblichen Erwerbslosen 94 154, insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der zu unterstützenden Erwerbslosen entspricht dem Stande vom 15. März 1920.

Gabe französischer Frauen.

Der Gruppe Deutschland der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit teilte die französische Liga mit, daß von Frauen ihres Landes 100 000 Francs die Kinder Zentral-Europas gesammelt worden seien. Bemittelte Frauen hätten die Uniformen ihrer geliebten Söhne verkauft, um zu der Kinderpende beitragen zu können. (Mit dieser Spende beteiligt sich das französische Volk zum ersten Male an einem der großen internationalen Liebeswerke, die die Leiden der vom Kriege betroffenen Völker besonders hart getroffenen Völker zu lindern wollen.)

Die Kämpfe in Syrien.

Die Lage in Syrien hat sich bedeutend gebessert. Französische Truppen haben bei Venizog über stark bewaffnete Streiktruppen einen großen Sieg errungen. Die künftigen Kämpfe sind tapfer. Der Feind ließ mehr als 500 Gefangene, 500 Gewehre und eine Anzahl Maschinengewehre auf dem Platze. Es wurden 250 Gefangene gemacht, darunter ein deutscher Offizier.

Inspektors fortgallopierte, und zwar zu seiner Herde, die an den Dornenbüschen, gerade vor der Pappel, weidete.

In Wirklichkeit hatte sich der Vorgang etwas anders abgespielt, als der Augenschein mutmaßen ließ. Den nunmehr herbeieilenden Tagelöhnern gab Kohlrausch den Auftrag, sofort den Arzt aus der Kreisstadt herbeizuholen, und lehrte dann zu Agnes zurück, die sich von dem ausgestandenen furchtbaren Schrecken noch nicht erholt hatte.

„Sie haben alles überstanden, die Gefahr ist vorüber“, so flüsterte er ihr in freudiger Aufregung zu. Die Neugierigen, welche sich herandrängen wollten, verschwand er durch den Auftrag, sofort einen Wagen vom Gutshofe herbeizuschaffen.

Es stellte sich heraus, daß bei dem Sturze des Stieres ein Horn den Kleiderbaum der Baronesse gestreift und das Kleid eingerissen hatte. Sonst war Agnes völlig unverletzt geblieben.

„Es war schrecklich“, hauchte sie zu dem neben ihr Anknenden. „Wie kam es nur? Erklären Sie mir bitte die Einzelheiten. Ich möchte alles wissen.“

„Es wird Ihnen unerwartlich sein, Baronesse“, erzählte Kohlrausch in heisterstem Tone mit ironischem Lächeln, indem er einen Anäsel Draht aufwickelte, und in seiner Rocktasche verschwinden ließ, „daß bei meiner Verlesung von Grünbeide nach hier auch ein Teil des Viehbestandes ausgetauscht wurde. Darunter befand sich dieser Stier und ein Kind, mit dem er innige Freundschaft geschlossen hat, und von dem er sich nie trennt. Von diesem Stiere wußte ich, daß er durch rote Farbe leicht nervös gemacht wird. Und da meinte ich, warum man sein Schicksal nicht einmal auf einen Draht einstellen solle. Ich ließ die Herde an der Pappel weiden, den Stier dagegen zur Beobachtung auf Krankheit gerade gegenüber auf der anderen Wiesenfläche festmachen und legte ihm später einen langen Stahldraht um Maul und Vorderbeine, den ich in der Hand behielt. Als Sie dann erschienen und etwa die Mitte der Wiese erreicht hatten, ließ ich den Stier, mit dem das Tier angefloßt war und gab ihm die Freiheit. Es suchte jetzt natürlich auf dem kürzesten Wege zu seinem Lieblingsrind, das drüben in der Herde weidete, zu

langen, und mußte deshalb gerade hinter Ihnen herlaufen, allerdings von mir an dem Stahldraht gehalten. Selbst wenn also Ihre rote Drapierung die rote Sonnenschirm ausnahmeweise nicht gestört haben würde, so wäre trotzdem der Eindruck gewesen, als wenn lediglich Reizung durch die rote Farbe der Anlaß zu dem vermeintlichen Angriff gewesen wäre.“

Hier hielt Kohlrausch inne, um eine Pause zu machen.

Agnes sah interessiert zu ihm auf. Um ihren flog ein eigenartiges Lächeln. Sie mußte sich gedulden, daß Kohlrausch manchen an Gedanken, an Scherz und klarem nüchternen Verstand übertraf. Auch Vater. Der Mann verstand das Leben an der richtigen Seite zu fassen.

„Das übrige kann ich mir nun denken“, hieß Agnes schwach. „Sie zogen rechtzeitig den Draht so daß das Tier stürzen mußte, und sind dann mein tüchtiger Lebensretter geworden.“

Ein maliziöses Lächeln huschte für einen Augenblick über ihre bleichen Züge.

„So ist es“, bestätigte Kohlrausch seelenberührend. „Und nun bitte ich Sie, bis zur Rückkehr des Arztes zu spielen, Baronesse.“

„Der Arzt ist notwendig, ich fühle es. Der Stier fängt an, nachzuwirken“, gab sie matt zurück. „gleich wurde sie von einem Efel vor der ganzen Herde — vor ihrem „Lebensretter“ überfallen, welcher Zukunft ging sie entgegen! Der Mann war unterzuckert, der beherrschte jede Lage des Stieres zumute. Sie mochte nichts mehr sehen und hören. Die Augen fielen ihr zu.“

In scharfem Trab kam jetzt der Wagen vom Hof angefahren.

Man bettete die Baronesse vorsichtig auf Strohsack und fuhr in langsamem Schritt zum Schlosse zurück. Schon Frau v. Jantzier und die Jose ihrer Mutter um sie gemeinschaftlich in ihr Schlafzimmer zu tragen.

(Fortsetzung folgt)

oten
ine
us von
auch
chtes
lage,
renzt,
D
Die
Nichte
lichen
ach om
en Erme
126 an
den ein
enangeh
n. Die
en em
atione
sprach,
Truppen
h auch
re pro
Eisenba
fanden
daß De
u und
smateri
werden
a.
nalen
gische
0 Fran
den im
rer ge
beitrag
in fran
in inter
Krieg
Böller
b ge
den fl
ngen. D
mehr
schin
ne ge
hnen
stahl
berung
nicht
druck
ung d
hen
ne Ban
in ihre
sch ge
an Sch
Auch
an der
nten,"
den De
ind dam
einen
eelenbe
hr des
es die
s. Der
zurück
er ganz
erfallen
Mann
des Be
zum Be
en und
gen von
auf St
offe zur
threr we
mer zu
egung
folgt

in J. Juli in Mesina an. Die Lage in Syrien ist ungewis. Nach der Einnahme von Aleppo besetzten die französischen Truppen Hama und Hama. Ebenso besetzt die ganze Eisenbahnlinie in ihrer Gewalt. In Damaskus herrscht Ruhe. Von allen Seiten kommen Bedenken und unterwerfen sich.

Kleine Meldungen.

Berlin. „Daily Chronicle“ hört von seinem Spezialkorrespondenten in Berlin, daß Fürst Bülow wahrscheinlich zum deutschen Botschafter in Rom ernannt werden wird. Die italienische Regierung habe beabsichtigt zu erkennen gegeben, daß die Person des Fürsten ihr willkommen sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht war bisher amtierender Stelle nicht zu erlangen.

Berlin. Dem „B. Z.“ wird aus dem Saar gebrochen: Ein Mitglied der Firma Kuhn, Löb u. Co. hat erklärt, daß sowohl seine Firma, wie die anderen amerikanischen Banken bereit seien, die Anleihe, die im Zusammenhang mit den Kohlenlieferungen gemäß dem Vertrag von 1918 stehen, zu finanzieren. Die „Central Bank“ fügt hinzu, daß im allgemeinen die Abneigung der amerikanischen Banken gegen die Übernahme einer europäischen Anleihe fortbesteht.

Die Kämpfe im Osten.

Die Kriegslage.

Einem Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Heeresbericht mit: Die polnischen Abteilungen, unterstützt von den ersten Freiwilligen-Abteilungen, beständig Angriffe des Feindes längs des Narew abzuwehren. Dem Feinde wurden große Verluste beigegeben. In der Gegend von Brody sollen die Kämpfe in der Polen eine günstige Wendung genommen haben.

Ein Moskauer Funkpruch übermittelt folgenden bolschewistischen Heeresbericht: In der Gegend von Lomsk haben wir diese Stadt besetzt. Südwestlich Wladystok haben unsere Truppen nach beständigem Kämpfen den Narew überquert. Sie setzen ihren Vormarsch fort. Die beständigen Kämpfe haben wir am 1. August in der Gegend von Lomsk gewonnen. In der Gegend des Styr sind die Kämpfe im Gange. Im Arim Abschnitt sind beständige Kämpfe in der Gegend des Flusses Konstaja im Gange.

Nach Auskunft von gut unterrichteter Stelle haben die Bolschewisten auf dem rechten Flügel weitere Fortschritte gemacht. Lomsk ist von ihnen genommen. Der Bug ist in großer Ausdehnung von Niemi bis Brest-Litowsk besetzt worden. Brest-Litowsk ist in den Händen der Bolschewisten.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge haben die Russen eine neue Offensive am Sereth eingeleitet. Sie stoßen energisch vor und stehen augenblicklich bereits 30 Kilometer vor Lemberg. Die Polen ziehen sich zurück. „Chicago Tribune“ wird aus Warschau gemeldet, die roten Truppen hätten die Grenze von Belaruss überquert. Rumänien habe deshalb mit der Mobilisierung begonnen, wie es Sowjetrußland jüngst angeht habe.

Wegen der geringen Stärke der längs der ostpreussischen Grenze aufgestellten polnischen Grenztruppen und des unzulässigen Vormarsches der russischen Aufklärungskontingente ist damit zu rechnen, daß die Russen bald in der südöstlichen Teil des deutschen Korridors einrücken werden. Aus Aussagen russischer Offiziere geht hervor, daß das Ziel Rußlands u. a. sei, die alte russische Grenze wieder herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben.

Revolutionäres Komitee?

Ein Moskauer Funkpruch meldet die Bildung eines revolutionären Komitees in Polen mit Marlewski als Präsidenten. Dieses Komitee soll an die Arbeiterklasse Polens, die zur Erhebung gegen die bürgerliche Regierung aufgerufen wird, ein Manifest gerichtet haben. — Da die Nachricht von polnischer Seite nicht bestätigt wird, muß sie mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.

Ententehilfe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt eine Meldung des kopenhagener Blattes „Berlingske Tidende“ wieder, wonach General Pilsudski den Oberbefehl des polnischen Heeres an die Franzosen abgegeben habe.

Verzögerungstaktik?

Nach einer Wiener Meldung der „Post-Zeitung“ sollte die polnische Waffenstillstandskommission am 2. 8. mit dem polnischen Außenminister aus Moskau, daß die Vertreter des Sowjetkommandos in Baranowitsch ihr mitgeteilt haben, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese erweiterten Verhandlungen sollten am 4. August in Rußland beginnen. Da die polnische Waffenstillstandskommission keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, erbaten die Sowjetvertreter entweder die Erweiterung der polnischen Vollmachten oder das Eintreffen von neuen, mit Vollmachten versehenen Delegierten.

Havas meldet aus Warschau: Die polnische Regierung beantragte bei der Sowjetregierung, zu den Waffenstillstandsverhandlungen Zeitungsberichterstatter zuzulassen. Die Sowjetregierung antwortete ablehnend.

Die Hilfeleistung Frankreichs.

Breslau, 5. Aug. Hier eingetroffene französische Meldungen besagen, daß die Franzosen umfassende Vorbereitungen zur Hilfeleistung für Polen treffen. In der französischen Ostgrenze und in Straßburg stehen Kolonialtruppen und große Mengen Waffen zum Abtransport bereit. Bisher vollzogen sich die Truppentransporte über Basel, Salzburg und Oberberg. Wie die „N. B. Z.“ berichtet, sind 9000 französische Eisenbahnbeamte und Arbeiter zur Verwendung im Auslande bereitgestellt worden.

„Daily Herald“ meldet aus Paris, es wäre beschlossen worden, die alliierten Truppenabteilungen aus Preußen abzurufen. Ferner erwäge Frankreich, ob man den Polen nicht Truppen aus Schlesien senden könne unter dem Vorwande, eine in der Abstimmungsjahre stationierte Division abzulösen. Inzwischen erreichen

große Mengen Maschinengewehre, Geschütze, Ta. zeuge usw. Polen über Danzig. Das Zentralb. polnischen Freiwilligenarmee teilt mit, daß sich ja, Engländer und Amerikaner anwerben lassen, um Zivilisation gegen die Woge der bolschewistischen Barba zu verteidigen.

Blockade gegen Rußland.

Dz. Paris, 5. Aug. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ erzählt von ihrem Londoner Korrespondenten, daß die englische Politik gegenüber den Sowjets darauf hinaus gehe, Polen seinem Schicksal zu überlassen und gegenüber der Regierung von Moskau die wirtschaftliche Blockade anzuwenden. Es sei unmöglich, den Polen zu helfen. Ihre Stärke zu der Rätearmee verhalte sich wie eins zu drei.

Wettervorhersage für den 6. August.

Meist bewölkt, vereinzelt Regenfälle, kühler.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. August 1920.

* Die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages nahm den Zentrumsantrag einstimmig an, wonach bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden Anträge der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15, resp. 20 Mark für den Zentner herabsetzen wollten. Im weiteren Verlauf der Beratungen äußerte Minister Dr. Hermes Bedenken gegen das Verlangen der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch. Wenn auch in Süddeutschland die Fleischzwangswirtschaft kaum zu halten sei, so müsse doch der Abbau gemeinschaftlich in allen Ländern vorgenommen werden, worüber mit den einzelnen Ministern der Länder Einverständnis erzielt sei. Im Ausschuß wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Regierung zunächst dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung vorlegen habe und dann der Ausschuß für Volkswirtschaft Mitte August darüber zu beschließen habe.

Der Gesangsverein „Eintracht“ veranstaltet Sonntag, den 8. August, von nachmittags 4 Uhr ab im Garten seines Vereinslokals (Rijh. Arnold) ein Sommerfest. Musik, Gesangsvorträge, Preisschießen und sonstige Ueberraschungen gewähren den Besuchern einige frohen Stunden. Das Preisschießen beginnt vormittags 10 Uhr und stehen wertvolle Preise zur Verfügung. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

* Die Ertragssteuern der Gemeinden. Im Steuerwesen herrscht ein solcher Wirrwarr, daß kaum jemand weiß, was nun eigentlich Rechtens ist. Die Beitragsenden sind dabei einseitig die Gemeinden, die große Ausgaben haben und durch die Verzögerung in der Veranlagung und Erhebung der Steuern kein Geld in ihren Sädel bekommen. Auch die Erhebung der sog. Ertragssteuern, der Grund- und Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer, hat infolge des allgemeinen Wirrwars nicht durchgeführt werden können. Von verschiedenen Aufsichtsbehörden wurden sogar den Gemeinden das Recht zur Erhebung dieser Steuern vorläufig abgesprochen, da nach § 8 des Landessteuergesetzes die Ertragssteuern wohl den Ländern überwiesen seien, aber die im Absatz 3 dieses Paragraphen zugelassene weitere Ueberweisung an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Preußen noch nicht ausgesprochen sei. Dieser Auffassung treten jetzt der Minister des Innern und der Finanzminister durch einen Erlass entgegen, durch den darauf hingewiesen wird, daß das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Erhebung von Ertragssteuern bereits durch das Kommunalabgabengesetz (§ 4 ff.) und das Kreis- und Provinzialabgabengesetz (§ 7 und 25) festgelegt ist. Durch das Landessteuergesetz wird hieran nichts geändert. Das Recht, die Ertragssteuern zu erheben, haben die Gemeinden also, aber sie haben keine feste Grundlage dafür, in welcher Höhe sie diese Steuern erheben müssen, um ihren Haushalt balancieren zu können. Allmählich wird's aber Zeit, das etwas Ordnung in die Geschichte kommt.

* Uebergangsbestimmungen für die Zentralbewirtschaftung von Branntwein im besetzten Gebiet. Für die im besetzten Gebiet z. Zt. noch lagernden, aus dem Auslande eingeführten Branntwein sind vom Reichsmonopolamt neue Bestimmungen getroffen worden, auf welche die Interessenten von der Handelskammer zu Wiesbaden besonders aufmerksam gemacht werden. Vor allem ist zu beachten, daß danach eine nochmalige Bestandaufnahme bis längstens 10. August zu erfolgen hat. Ein Abdruck der Bestimmungen kann an der Geschäftsstelle der Handelskammer eingesehen werden.

* Der Handwerkerverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden hält seinen 18. Verbandstag Ende dieses Monats in Limburg ab.

* Klagen über die Post. Da schreibt mir mein Geschäftsfreund aus der Schweiz, er habe für eine Postkarte, die ich kürzlich geschickt, die Nachschußgebühr für einen Brief bezahlen müssen, weil sie etwas größer gewesen sei, als die amtlichen Formate. Die Sache ist mir höchst fatal und ich verleihe sie nicht. Die Post läßt doch Privatpostkarten größeren Umfangs zu. Das sollte ja die Gegenüber für die Verteuerung des Postkartenpostos im vorigen Herbst sein! So und ähnlich klingt's jetzt öfters. Aber die Post ist nicht schuld an diesen Unannehmlichkeiten.

2. gef. Bant. Postka darunte. inneren & nicht einge vor Schaden der Frage an. Auslande nur gegebenen Postka.

* Niedrige A wird es im Distrikt zwischen den freien & die Bauern sich verpflicht zu 15 Mt., bei mittlerer 20 Mt. zu liefern.

* Auslandsforderungen. Nochmalige Verlängerung der Anmeldefrist. Verlegung der Zweigstelle Köln. Nach einer Verfügung vom Reichsausgleichamt Berlin ist die Anmeldefrist letztmalig bis 16. August verlängert worden; für Versicherungsgesellschaften ist der Endtermin endgültig auf den 16. September festgesetzt worden. Des weiteren werden die Interessenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Zweigstelle Köln des Reichsausgleichamts nach Werlstraße 28 umgezogen ist.

— Beschwerderecht der Kriegsbeschädigten. Der Mehrzahl der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist es bisher noch unbekannt, daß ihnen gegen die Bescheide die ihnen erteilt werden, das Beschwerderecht zusteht. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß nach Vorschriften der bez. Reichsverordnung die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen das Recht haben, gegen Entscheidungen der Fürsorgestelle Beschwerde beim Beirat der Fürsorgestelle und gegen dessen Entscheidung die Beschwerde bei der Hauptfürsorgestelle zu erheben, die, falls sie nicht abhilft, die endgültige Entscheidung ihres Beirats herbeizuführen hat. Auch in Fällen, in denen die Hauptfürsorgestelle in erster Instanz entscheidet, ist den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen das Beschwerderecht an den Beirat der Hauptfürsorgestelle anzuwenden.

** Eltville, 2. Aug. Ueberführung. Auf Veranlassung der frz. Militärbehörde sind die auf dem hiesigen Ehrenfriedhof beerdigten 6 französischen Krieger (Kriegsgefangene) ausgegraben und die Leichen nach Wiesbaden überführt worden. Bei der Abholung der Leichen waren der Herr Bürgermeister Dr. Reutner und das Magistratsmitglied Herr Dommermuth zugegen und legten im Auftrage der Stadt einen Kranz nieder. Der General des zuständigen Armeekorps hat für die den Kriegern erwiesene Ehre seinen Dank für die dargebrachte Aufmerksamkeit schriftlich ausgesprochen.

* Weilburg, 2. August. Das amtliche Kreisblatt des Oberlahnkreises, der „Weilburger Anzeiger“, stellte am 31. Juli wegen der unerschwänglich gewordenen Herstellungskosten sein Erscheinen ein.

* Hhrweiler, 2. Aug. Wohnungsteuer. Die Stadtverordneten beschlossen die Einführung einer Wohnungssteuer. Uebersteigt die Zahl der Wohnräume einer Wohnung die Zahl der Personen des Hausstandes um mehr als einen Raum, so werden erhoben für zwei Räume 100 Mt., drei Räume 250 Mt., vier Räume 500 Mt., fünf Räume 750 Mt., sechs Räume 1000 Mt., sieben Räume 1500 Mt., für jeden weiteren Raum je 1000 Mt. jährlich.

Kleine Chronik.

Strafbarer Arbeitswille. Die Gemeindebedienstung Nied hat beschlossen, gegen solche Arbeiter mit Hilfe der Betriebsräte und Gewerkschaften vorzugehen, die nach Schluß der achtstündigen Arbeitszeit noch am Feierabend bei Landwirten mehrere Stunden tätig sind. Gegen solche Arbeiter soll mit Hilfe der Gewerkschaften rüchstandslos eingeschritten werden. — Den Achtsundentag in Ehren — wenn es aber gilt, die Ernte heimzubringen, damit wir nicht verhungern, ist eine solche Auslegung des Arbeitszeitgesetzes ein Unfuss.

Ein niederträchtiger Anschlag auf das Leben eines älteren Ehepaars in der Wittelsbacher Allee in Frankfurt a. M. wurde rechtzeitig verhindert. Im Gelegentlich zu einem größeren Einbruch zu erhalten, überredete der Arbeiter Herbert Walter seine Geliebte, das Dienstmädchen Elise Goppel, das Ehepaar, bei dem es in Diensten stand, vorher durch Gift aus dem Wege zu räumen. Das Mädchen schüttete auf Seife des Burschen Löffel in das Mittagessen. Es nahm dann selbst bei Tisch, um jeden Verdacht von vornherein gegen sich selbst abzuwälzen, einige Löffel von der Suppe und verbrannte sich dabei derart, daß es sofort dem israelitischen Krankenhaus in der Sagerstraße eingeliefert werden mußte, wo man ihm den Magen auspumpt. Der Ehefrau war der starke Geruch, der der Speise entströmte, sofort verdächtig und sie genoh nichts. Es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet, der es nach kurzer Zeit gelang, das Mädchen zu überführen.

Raubmord. Die 24jährige Lehrerin Gertrud Schumann aus Eitel, die am Sonntag, 11. Juli, von einem Spaziergange nicht zurückkehrte, wurde jetzt im Walde bei Gerlen ermordet und beraubt aufgefunden.

Auflösung der Lehrbrigade. Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt, daß infolge der Herabsetzung der Heeresstärke die Lehrbrigade in Döberitz bis zum 12. August aufgelöst wird; die Truppen kehren zu ihren alten Verbänden zurück.

